

Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien,  
bei C. L. Ulrich & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Moes.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Heunigster Jahrgang.

Nr. 382.

Montag, 4. Juni.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reichs an.

## Amtliche S.

Berlin, 2. Juni. Der König hat den Ober-Landesgerichts-Rath v. Glogmann in Kolmar zum Senats-Präsidenten bei dem Ober-Landesgericht in Kolmar, den Landgerichts-Rath Lacman in Kolmar zum Rath bei dem Ober-Landesgericht in Kolmar, den Amtsrichter Dr. Weber in Rütsach zum Richter bei dem Landgericht in Kolmar, den großherzogl. hessischen Gerichts-Accessisten Molitor in Kolmar zum Richter bei dem Amtsgericht in Rütsach, den Gerichts-Assessor Dr. Büsing in Meß zum Richter bei dem Amtsgericht in Mühlhausen ernannt und den Amtsrichter Liebler zum Amtsgericht in Thann an das Amtsgericht in Kolmar, den Amtsrichter Dr. Göb vom Amtsgericht in Ulrich an das Amtsgericht in Schirmeck, und den Amtsrichter Dr. Zeitschel vom Amtsgericht in Dammendorf an das Amtsgericht in Thann in gleicher Eigenschaft verfest.

Der König hat dem Landgerichts-Präsidenten, Geb. Justiz-Rath Sello in Potsdam den Charakter als Geb. Ober-Justiz-Rath mit dem Range eines Rethes zweiter Klasse verliehen.

Der Privatdozent Dr. J. H. Witte zu Bonn ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

Dem Oberlehrer am Realgymnasium zu Lippstadt, Dr. Müller ist das Prädikat Professor beigelegt worden. An dem Schullehrer-Seminar zu Weitensfeld ist der bisherige Seminar-Hilfslehrer Nem zu Delitzsch als ordentlicher Lehrer und der bisherige Präparanden-Lehrer Windler zu Delitzsch als Hilfslehrer angestellt worden.

Der Amtsrichter Wodtke zu Margonin ist zum Notar im Bezirk des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Havelberg, der Rechtsanwalt Schmidt zu Sangerhausen vom 1. Juni d. J. ab zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Naumburg a. S. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sangerhausen und der Rechtsanwalt Wiegand zu Dillenburg zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Frankfurt a. M. mit Ausschluß der hohenzollerschen Lande und unter Anweisung seines Wohnsitzes in Dillenburg ernannt worden. Bereist sind der Landgerichts-Rath Süssman in Rotenburg an das Landgericht in Guben und der Amtsrichter Hirschfelder in Margonin an das Amtsgericht in Margonin. Die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ist ertheilt: dem Amtsgerichts-Rath Schulz in Pleß und dem Amtsgerichts-Rath Hess in Hirschberg. In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöschte: der Rechtsanwalt Zander bei dem Landgericht in Könn, der Rechtsanwalt, Justizrat Lubomski bei dem Landgericht in Breslau und der Rechtsanwalt, Justizrat Kunkel bei dem Amtsgericht in Löwenberg. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichts-Assessor Schmuck bei dem Ober-Landesgericht in Kassel, der bisherige Amtsrichter Geißkoppel in Rothenburg O.-L. bei dem Landgericht II. in Berlin, der Gerichts-Assessor Markers bei dem Amtsgericht in Recklinghausen, der Gerichts-Assessor Hamburger und der Gerichts-Assessor Ullmann bei dem Landgericht in Posen, der Gerichts-Assessor Hagemann bei dem Landgericht in Naumburg, der Gerichts-Assessor Honig bei dem Landgericht in Gneisen, der Gerichts-Assessor Hein bei dem Landgericht in Königsberg und der Rechtsanwalt Zander aus Köln bei dem Amtsgericht in Waldbroel. Die nachgesuchte Dienstentlassung als Notar ist ertheilt dem Rechtsanwalt und Notar, Geheimer Justizrat Gesler in Bromberg, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Dr. Wedekind in Uslar und dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Heinrich in Querfurt. Der Rechtsanwalt und Notar Wachsmuth in Spremberg und der Rechtsanwalt Neuhäusel in Elberfeld sind gestorben.

Der König hat dem Propst Radziiki zu Lubin, im Kreise Kosten, den Roten Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

## Deutscher Reichstag.

## 94. Sitzung.

Berlin, 2. Juni. Am Tische des Bundesraths: Bödiker.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Zunächst erfolgt die namentliche Gesamtabstimmung über die Gewerbeordnung. Das Gesetz wird mit 160 gegen 127 Stimmen angenommen. Dafür stimmen geschlossen die Konservativen, das Zentrum und die Polen. Dagegen die ganze Linke und die Elsässer.

Es folgt die erste Berathung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem deutschen Reiche und Italien.

Abg. Sonnenmann gibt seiner Befriedigung über das Zustandekommen des Vertrages Ausdruck. Groß seien zwar die Vorteile für Deutschland nicht, doch würde es wenigstens nach dem Rechte der meistbegünstigten Nationen von Italien behandelt, was in diesem Moment nicht ohne Bedeutung sei. Ein bedauernswertes Novum in dem Vertrage sei die Wiedereinführung der Differentialzölle. Man hat diese Zölle nur deshalb zugestanden, um dafür das Recht der meistbegünstigten Nationen zu erlangen. Deutschland erleidet dadurch aber eine jährliche Einbuße von 1½ Millionen. Zu bedauern ist auch, daß für die Baumwollwaren-Industrie keine besseren Bedingungen erzielt worden sind. Für diese Industrie ist der Zolltarif von 1879 kein Segen gewesen; sie steht heute nicht besser, vielmehr schlechter als vor Einführung des Zolltarifs. Gegenüber den ewigen Verherrlichungen der neuen Wirtschaftspolitik ist es sehr angebracht, daran zu erinnern. Viele Stabilisements, die in Elberfeld bestanden, sind nunmehr nach dem Auslande verlegt worden, weil auch der Veredelungsverkehr durch die Zollpolitik gehindert worden ist. In anderen Industriezweigen sind dadurch die Arbeitslosigkeit wesentlich herabgedrückt worden, wenn die Industriellen mit dem Auslande konkurriren wollten. Auch in anderen Industriezweigen als in der Baumwollindustrie wird die Verlegung der Fabriken in das Ausland geplant, weil sie im Inlande nicht mehr mit Erfolg produzieren können. — Redner richtet an den Vertreter der verbliebenen Regierungen die Anfrage, ob es sich bestätigt, daß von den Bestimmungen des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Spanien, Hamburg und Bremen ausgeschlossen sein soll. Er hofft, daß sich das nicht bewahrheitet; es wäre bedauerlich, wenn ein Theil des Vaterlandes hinter dem anderen zurückgesetzt würde.

Abg. Dr. Barth ist erfreut, daß in diesem Vertrage die Klausel der meistbegünstigten Nationen zugestanden ist, um so mehr, als diese Klausel wiederholt von den Schlesiern angestrebt worden ist. Wäre dies nicht gelungen, so wäre der Generaltarif in Anwendung gekommen. Die Vorteile, die wir Italien zugestanden haben, könnten wir Griechenland vorläufig nicht zu Theil werden lassen, da wir mit

Griechenland kein Vertragsverhältnis haben und diese Vorteile nur denen zugestanden werden können, die uns die Klausel der meistbegünstigten Nationen zugestehen. Indessen besteht ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Griechenland, und es wäre nicht angenehm, Griechenland anders als Italien zu behandeln. Das schlimmste bei diesem Punkt ist aber, daß wir gezwungen sein werden, Ursprungskosten von denjenigen Waren zu verlangen, in Bezug auf welche wir Italien Zugeständnis gemacht haben. Redner richtet schließlich die Frage an den Regierungsvorsteher, ob die Zollermäßigung, die für Italien in Kraft getreten sind, nunmehr verallgemeinert werden sollen. Es wäre kein Widerspruch mit dem Zolltarif von 1879, wenn letzteres geschehen würde.

Staatssekretär Burckhardt: Deutschland wollte mit Italien einen Meistbegünstigungsvertrag abschließen. Italien wollte dies aber nur gegen Tarifkonventionen, und Deutschland ist deshalb darauf eingegangen, weil es Italien ein gewisses Recht zu dieser Forderung nicht absprechen konnte. Beuglich des Weins hat Italien diese Konvention nicht gefordert, obwohl es nach Deutschland viel Wein exportiert. Die Presse hat viel darüber gelaufen, daß alle Zollermäßigungen sich auf Bedürfnisse der wohlhabenden Klassen beziehen. Aber wir sind nicht in der Lage gewesen, Wünsche hierbei geltend zu machen, sondern waren ganz von Italien abhängig. Die Zollherabsetzung auf frische Süßfrüchte ist nicht so bedeutend, sie ist nicht von 12 auf 4, sondern von 10 auf 4 herabgesetzt worden. Dieser Zoll war stets so groß, daß man im Jahre 1879 Anstand nahm, diesen Zoll zu erhöhen. Das finanzielle Opfer, das wir bringen, wird andererseits wohl durch industrielle Vorteile aufgehoben. Es läßt sich das zwar nicht mit Bestimmtheit beweisen, aber es ist doch sehr wahrscheinlich, und so darf man annehmen, daß der jährliche Verlust von 1½ Millionen auf der anderen Seite ausgeglichen werden wird. Die Gründung der Gotthardbahn wird den Verkehr zwischen beiden Staaten noch steigern. Italien führt zu uns Rohstoffe ein, wir hingegen exportieren industrielle Erzeugnisse; es ist dabei leicht zu ermessen, auf welcher Seite der Vortheil liegt. Die Frage des Herrn Sonnenmann wegen des Handelsvertrages mit Spanien kann ich, so lange die Verhandlungen schwelen, nicht beantworten. Was die Ausführungen des Abg. Barth betrifft, so bitte ich nicht zu verfechten, daß die Existenz eines Konventionaltariffs neben dem Generaltarif sehr wichtig ist, besonders beim Abschluß von Verträgen. Wir werden also nicht die Vortheile, die wir Italien zugewandt haben, generalisieren. Ob wir Griechenland differential zu behandeln haben werden, ist noch nicht erwähnt worden; diese Frage steht natürlich im Zusammenhang mit dem Zustandekommen des spanischen Vertrages. Ich bitte Sie, helfen Sie durch diesen Vertrag das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Italien zu erhalten. (Krass! rechts.)

Abg. v. Karow vertheidigt den Ausschlüsse Sonnenmann's gegenüber unser gegenwärtiges Zollsystem unter Hinweis auf die aus demselben für uns erwachsenen Vortheile. Er sagt allen Fabrikationszweigen sei der Export im Steigen begriffen, die Baumwollbranche sei nur stabil geblieben, nicht zurückgegangen. Eine Ermäßigung unserer Zolltarife sei im gegenwärtigen Augenblick um so weniger ausführbar, als wir dadurch Spanien gegenüber in eine üble Lage kommen würden.

Abg. Dr. Frege bezeichnet den vorliegenden Vertrag als ein sehr erfreuliches Produkt unserer Zollpolitik. Ohne diese hätten wir einen solchen Vertrag garnicht abschließen können, wir müssen daher auf dem Boden derselben stehen bleiben.

Abg. Dr. Barth bestreitet, daß Deutschland durch eine etwaige Zollermäßigung Spanien gegenüber seine Waffen aus der Hand geben würde. Unsere Zollgesetzgebung hieße Retorsionsmaßregeln genug für solche Fälle.

Abg. Dr. Bamberger: Wir können den Handelsvertrag nur mit Genugthung begrüßen. Wir haben vorher gesagt, daß die Verhältnisse Sie schließlich zwingen werden, zu den Konventionaltarifen zurückzukehren. Ich begrüße also die Vertreter der Regierung als Befehlte. (Heiterkeit.) Sie haben Konzessionen machen müssen und wenn Sie auf diesem Wege fortfahren, wird eine Verständigung zwischen uns wohl möglich sein. Sie dürfen sich nicht rütteln, die Exporterhöhung durch Ihre Zollpolitik herbeigeführt zu haben, wir haben Ihnen diese Steigerung vorhergesagt. Aber das gegenwärtige System, das uns dazu führt, die Versicherungsgesellschaften zu sequestrieren, ist auf die Dauer nicht halbar.

Abg. Sonnenmann: Daß die Exportzunahme keine Folge der Schwellen ist, kann man daraus entnehmen, daß auch in England und Frankreich der Export zugewachsen ist.

Abg. Dr. Minnigerode kann in dem Vertrage nur einen Erfolg der gegenwärtigen Zollpolitik sehen und es heißt doch die Dinge auf den Kopf stellen, wenn jetzt die Herren links das als einen Erfolg ihrer Zollpolitik und ihrer Ansichten betrachten.

In der Spezialdiskussion werden die Art. 1 bis 7 unverändert angenommen.

Zu Art. 7 fragt der Abg. Dr. Bubl an, ob der Traubeneinfuhr diejenigen Elektrifizierungen zu Theil werden sollen, welche die Reblaus-Konvention, der Italien nicht beigetreten sei, zuläßt. Vom Regierungsschreiber wird diese Frage bejaht.

Der Rest der Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt darauf die erste und zweite Berathung der Literaturkonvention mit Frankreich.

Abg. Rittinghausen (Sozialdemokrat) bemängelt den französischen Text. Er bezweifelt, daß in der französischen Rechtsprache das Wort „Rechtsnachfolger“ durch „ayant cause“ übersetzt werde und bittet, daß eine treffendere Übersetzung herbeigeführt werde.

Die Literaturkonvention wird darauf genehmigt.

Es folgt die Berathung des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Reblausfrankreich.

Abg. Dr. Bubl gibt seiner Genugthung darüber Ausdruck, daß die Regierungen in Berücksichtigung einer Resolution des Reichstages dieses Gesetz vorgelegt haben. Es bezweckt das Verbot der Einfuhr bewurzelter Reben in weinbauende Gegenden. Aus dem Rheingau ist auch eine Petition eingelaufen, die Einfuhr unbewurzelter Reben zu unterlägen, doch scheint diese Maßregel, wiewohl man zugestehen müsse, daß auch unbewurzelte Reben die Reblaus eingeschleppt werden können, zu weitgehend zu sein. Im Interesse des Weinbaues bittet Redner, die Vorlage ohne Veränderung anzunehmen.

Abg. Graf v. Kagenek spricht sich gleichfalls warm für die Annahme des Gesetzes aus.

Abg. Frhr. v. Göller verkennt zwar nicht die Vortheile, die dem deutschen Weinbauer aus diesem Gesetz erwachsen würden, äußert jedoch

Bedenken darüber, die hochgespannte Politizelle oder deren Raum, welche verhältnismäßig höher sind, an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 115 Uhr Nachmittag angenommen.

Bedenken und meint, daß dem Verkehr mit Neben dadurch außerordentliche Schwierigkeiten bereitet werden.

Geb. Rath Weigmann erkennt an, daß in dem Entwurf Härten enthalten sind, die den Verkehr sehr hemmen, verweist jedoch auf den § 4, welcher erlaubt, daß für den Verkehr zwischen den einzelnen Weinbaubezirken mit Zustimmung des Reichskanzlers Ausnahmen von dem Verbot zugelassen werden können, und daß auch die Behörden der einzelnen Bundesstaaten Ausnahmen zu Gunsten dessenjenigen gestatten dürfen, welcher Rebplantagen in benachbarten Weinbaubezirken besitzt. Das Gesetz wird darauf angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl der Abg. Staudn (V. Gumbinnen) und v. Seeger ist in die Wahl auf Antrag der Kommission beanstanden.

Die Wahlen der Abg. Tepper-Laski (VII. Marienwerder), v. Karow (III. Breslau) und v. Klixing (VII. Marienwerder) werden für gültig erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Italienischer Handelsvertrag, Literarkonvention, Zuckersteuervorlage.

Abg. v. Minnigerode will nicht gegen die Tagesordnung Protest einlegen, hätte es aber lieber gesehen, daß man mit der Staatsberathung begonnen hätte, da bereits mehrere Berichte der Budgetkommission vorliegen.

Präsident v. Levetzow erwidert, daß er mit der Staatsberathung warten wolle, bis mehrere Berichte vorliegen. Die Berathung der bis jetzt eingegangen füllt keine ganze Sitzung aus.

Schluss 4½ Uhr.

## Preußischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

## 72. Sitzung.

Berlin, 2. Juni. Am Ministertisch: von Scholz, Dr. Friedberg, Dr. Lucius.

Vize-Präsident Freiherr von Heereman eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Die zweite Berathung des Gesetzes betreffend das Staatschuldbuch wird fortgesetzt.

§ 15 bestimmt, daß über die Eintragung von Forderungen und Vermerken dem Antragsteller und falls der Berechtigte ein Anderer ist, auch diesem eine Benachrichtigung ertheilt werden muß.

Abg. v. Mauchau vertritt beantragt vor „Benachrichtigung“ zu setzen: „von der Hauptverwaltung der Staatschulden ausgetestet.“

Geb. Rath Schmidt hält den Antrag für überflüssig, da er die Nebenstände, die der Antragsteller im Auge hat, nicht befürchtet kann. Im Wege der Instruktion wird im Nebrigen verfügt werden, daß eine besondere Quittung über die Einlieferung der Staatspapiere ertheilt werden soll.

§ 15 wird mit dem Antrag Mauchau angenommen.

§ 21 lautet: An Gebühren werden erhoben:

1. für die Umwandlung von Staatschuldverschreibungen in Buchschulden des Staates, so wie für sonstige Eintragungen und Löschungen, jede Einschrift in das Staatschuldbuch besonders gerechnet, 25 Pfennige von je angefangenen 1000 Mark des Betrages über den verfügt wird, zusammen mindestens 1 Mark;

2. für die Ausreichung von Staatschuldverschreibungen für je angefangene 1000 Mark Kapitalbetrag 50 Pfennige, zusammen mindestens 1 Mark. Vermerke über Bevollmächtigungen, sowie über Änderungen in der Person oder der Wohnung des eingetragenen Berechtigten sind gebührenfrei.

Die Gebühren werden von dem Antragsteller, soweit nötig, im Verwaltungswangsverfahren eingezogen. Auch kann die Vorauszahlung der Gebühren gefordert werden.

An Gebühren für die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der Anträge sind zu erheben:

bei Beträgen bis 2000 Mark: 1 Mark 50 Pfennig,

bei Beträgen über 2000 Mark: 3 Mark.

Abg. Dr. Wagner beantragt den § 21 wie folgt zu fassen:

Die Umwandlung von Staatschuldverschreibungen in Buchschulden des Staates erfolgt gebührenfrei.

Im Nebrigen werden an Gebühren erhoben:

1. für sonstige Eintragungen und Löschungen, jede Einschrift in das Staatschuldbuch besonders gerechnet, 20 Pfennige von je angefangenen 1000 Mark des Betrages, über den verfügt wird;

2. für die Ausreichung von Staatschuldverschreibungen für je angefangene 1000 Mark Kapitalbetrag 30 Pfennige. Vermerke über Bevollmächtigungen, sowie über Änderungen in der Person oder der Wohnung des eingetragenen Berechtigten sind gebührenfrei.

Die Gebühren werden von dem Antragsteller, soweit nötig, im Verwaltungswangsverfahren eingezogen. Auch kann die Vorauszahlung der Gebühren gefordert werden.

An Gebühren für die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der Anträge sind zu erheben:

bei Beträgen bis 5000 Mark: 1 Mark,

bei höheren Beträgen: 2

muss er ein halb pro Mille Courtage zahlen, die Regierung berechnet dem Gläubiger nur die Hälfte dieser Kosten. Von zu hohen Kosten kann man hier also nicht sprechen und ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Finanzminister von Scholz erklärt, nicht die Ansicht ausgesprochen zu haben, daß in der konservativen Partei Feindschaft gegen das Kapital bestrebe; er habe nur erinnert an die Aeußerungen dieser Partei, die im Anfang der Session hier laut geworden sind und dahin gingen, daß das Kapital in allen Einrichtungen zu gut fortgekommen sei. In erster Linie liegt die Einrichtung des Schuldbuchs im Interesse des Kapitals, aber es ist nicht richtig, daß die Regierung diese günstige Einrichtung nur dem Kapital zu Theil werden lassen will; sie kann sich auch nicht veranlaßt fühlen, dies mit Aufopferung bedeutender Kosten zu thun. Prinzipiell steht der Minister auf dem Standpunkt, möglichst geringe Gebühren zu erheben, aber er kann nicht einsehen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen zu hoch seien. Eine weitere Ermäßigung sei nicht möglich.

Abg. von Eyner erklärt die Gebühren für mäßig und ist der Meinung, daß auch das kleine Kapital das Schuldbuch unter diesen Bedingungen in ausgedehntem Maße benutzen werde. Die Gebühren werden etwa die Selbstkosten der Verwaltung des Schuldbuches decken.

Abg. v. Minnigerode sieht in der Höhe der Gebühren eine Benachteiligung des kleinen Kapitals und beantragt über die Worte „zusammen mindestens 1 Mark“ besondere Abstimmung.

Abg. Dr. Wagner bleibt dabei, daß bei mäßigen Gebühren die Sache besser gewahrt sei. In Bezug auf den Antrag Minnigerode erklärt Redner, daß er es für zweckmäßig halte, den Minimalbetrag in Weißfall kommen zu lassen. Wenn man ihm den Vorwurf mache, daß er die Sache unter zu großen Gesichtspunkten behandle, so sehe er auch darin ein Lob. Er ergreife stets die Gelegenheit, die Spekulation zu bekämpfen. Das sei kein Scheien auf Späzen, sondern auf Raubvögel, wenn man die Matadore der Börse befredet. (Heiterkeit.)

S 21 wird darauf unter Ablehnung des Antrages Wagner und Annahme des Antrages Minnigerode angenommen.

Der Rest des Gesetzes passirt ohne wesentliche Debatte.

Es folgt darauf die zweite Berathung der Landgüterordnung für Brandenburg.

S 1 bestimmt, daß in die Landgüterrolle jede in der Provinz Brandenburg belegene Besitzung eingetragen werden kann, welche zum Betrieb der Land- oder Forstwirtschaft bestimmt und mit einem Steuertrage von mindestens fünfundseitzig Mark zur Grundsteuer veranlagt ist.

Abg. Zelle erklärt, daß seine Fraktion das Gesetz nicht annehmen könne, wenn sie auch die Verbesserungen der Kommission gegenüber den Beschlüssen des Herrenhauses anerkenne. Man wird nun wieder der Fortschrittspartei den Vorwurf machen, daß sie zu allen Vorschlägen der Regierung „Nein“ sagt, aber so prinzipiell geschieht dies „Nein“ sagen nicht; wir haben von den zehn Gesetzen dieser Session sechs Gesetze zugestimmt. Was würden Sie (zur Rechten) sagen, wenn wir Ihnen den Vorwurf machen, daß Sie stets „Ja“ sagen? (Heiterkeit.) Unsere negirende Politik ist doch nicht ganz unfruchtbar, denn jetzt lesen wir in den Zeitungen, daß die Regierung ein kirchenpolitisches Gesetz vorbereite, wie wir es bereits vor zwei Jahren vorgeschlagen haben. Sie können froh sein, daß wir negiren; aber es kommt auch einst die Zeit, wo wir zu positiver Politik übergehen können und dann wird alle Welt ihre Freude haben, nur Sie (zur Rechten) nicht. (Große Heiterkeit.) In Bauernkreisen herrscht keine Freude über das Gesetz, das die Mutter mit den unerzogenen Kindern im Todesfalle des Besitzers vom Hof treibt. Es führt die höchste Ungleichheit ein und dort, wo das Gut arg verschuldet ist, kann es vorkommen, daß die jüngeren Kinder nicht nur nichts bekommen, sondern sogar noch für die Schulden des Vaters aufkommen müssen. Das ist selbst von konservativen Blättern anerkannt worden. Es ist auch möglich, daß der älteste Sohn das Gut nach Kurzem mit bedeutendem Nutzen verlässt, als Rentier lebt, während die anderen Geschwister als Tagelöhner arbeiten müssen. Anstatt dieses Gesetzes sollte man Darlehnsfakten errichten, die eine sehr gute Sicherung gegen die Besitzerplünderung des Besitzes sind. Zum zweiten Male beschäftigt die vorliegende Materie die parlamentarischen Körperschaften. Zuerst in den fünfziger Jahren, mit denen unsere Zeit große Nehmlichkeit hat. Damals wurde eine ähnliche Vorlage abgelehnt, heute wird sie angenommen werden. Die zweite Kleist-Reichsche Ära geht noch über die erste hinaus. (Sehr gut! links.)

Abg. v. Quast erklärt, daß das Gesetz seiner Partei nicht weit genug gehe und daß sie der Fortschrittspartei nur vorwerfen, daß diese bei der Stiftung des Reiches mürisch bei Seite gestanden hat. (Unruhe links.) Das Gesetz führt allerdings eine Neuerung für die Bauern ein, aber, wenn die Großgrundbesitzer mit gutem Beispiel vorangehen werden, dann werden auch bald die Bauern sich mit der neuen Einrichtung befrieden. Die Eintragung in die Landgüterrolle bedeutet nichts weiter, als eine bequemere Art das Testament zu machen. Den alten Bauer, dem Herr Zelle seine Mittheilung verdankt, haben wir uns bereits in der Kommission näher angesehen und haben dabei gefehlt, daß er sich bereits zum Stadtverordneten und Ehrenbürger von Spandau emporengeschwungen hat. Redner führt sodann einige Bedenken gegen das Gesetz an, daß seine Partei auch nur annehmen werde, weil sie keine negirende sein wolle. (Hört! Hört! links.) Das Gesetz ist zur Erhaltung der wirtschaftlichen Gesundheit des Bauernstandes notwendig, umso mehr als dasselbe ein Gegengewicht gegen die verderblichen Einfüsse der Hauptstadt bedarf. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Meyer-Arnswalde (gegen das Gesetz): Die Regierung steht leider auf einem anderen Standpunkt, wie der Brandenburgische Provinziallandtag. Weil in Hannover, der Musterprovinz die Höferrolle besteht, soll sie auch bei uns eingeführt werden. In der Kommission erklärte der Kommissar des Ministers des Innern, er bitte um Annahme der Höferrolle, der Vertreter des Ministers der Landwirtschaft bat dringend darum, das war der Kommerativ, und der Kommissarius des Justizministers erklärte, daß das Gesetz unannehmbar sei ohne die Höferrolle; das war der Superlativ. Ich glaube nicht daran, daß die Bauern sich sobald in die Güterrolle werden eintragen lassen, sie werden damit erst warten, bis ein paar Dutzend Grundbesitzer ausgestorben sein werden, denn dann werden die Bauern erst etwas von den Vortheilen merken. (Heiterkeit.) Etwas durfte das Gesetz doch immerhin wirken. Auch gegen die Trockenlegung des Oderbruches macht sich einst eine starke Opposition geltend; hätte man sie nicht ausgeführt, dann wäre er noch heute ein Paradies für Reiher, Cormorane und Holzhäher. (Große Heiterkeit.) Ich werde also mit süßsaurer Miene für das Gesetz stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Bismarck (Flatow) glaubt zwar nicht, daß für den Augenblick ein dringendes Bedürfnis für das Gesetz vorliegt, man dürfe jedoch mit derartigen Mitteln nicht warten, bis die Verhältnisse tatsächlich bedenklich sind, denn dann dürfte es nichts mehr wirken. Redner empfiehlt in längerer Ausführung das Gesetz.

Das Haus vertrat sich darauf.

Nächste Sitzung: Montag, 9 Uhr; Tagesordnung: Interpellation Stabeksi, Landgüterordnung.

Schluss 12 Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 3. Juni. [Herzog Paul von Mecklenburg. Die neue kirchenpolitische Vorlage.] Man müsse sehr naiv sein, um die mit merkwürdiger Gleichzeitigkeit von mecklenburgisch-offiziöser und von klerikalischer Seite erfolgten Dementis der auf den Uebertritt des Herzogs Paul von Mecklenburg zur katholischen Kirche bezüglichen Nachrichten

für baare Wünze zu nehmen. Will man ihnen großen Respekt erweisen, so mag man bezweifeln, ob die Konversion tatsächlich schon erfolgt ist — obgleich es bekanntlich keineswegs der erste Fall dieser Art wäre, wenn auch die vollendete Thatsache längere Zeit abgeleugnet wurde. Um aber in der Leichtgläubigkeit keinenfalls weiter zu gehen, dazu braucht man nur das Dementi in der „Germania“ aufmerksam zu lesen. Sie sagt, sie messe den Gerüchten von einer erfolgten „oder doch bevorstehenden“ Konversion des Herzogs keinen Glauben bei; aber einige Zeilen später wird das Dementi auch des „bevorstehenden“ Uebertritts dahin eingeschränkt, es berechtige nichts zu der Annahme, daß ein solcher Schritt „bald“ erfolgen werde. Nun er nur in dem Sinne nicht „bevorstehend“, daß er nicht „bald“ zu erwarten ist, so hat die Ablehnung offenbar gar nichts zu bedeuten: „bald“ ist ein sehr unbestimmter Begriff. Eine Thatsache ist, daß der bevorstehende Uebertritt des Herzogs in der heutigen Hofgesellschaft zur Zeit des Todes des vorigen Großherzogs nicht bezweifelt wurde, und daß dies zur Erzeugung der Stimmung beigetragen hat, von welcher vor einigen Tagen an dieser Stelle die Rede war. Seitdem waren jene Gerüchte im „Westfäl. Merkur“, demjenigen klerikalsten Blatte, welches speziell zu der klerikalnen Aristokratie Beziehungen hat, so positiv bestätigt worden, wie es bei der in einem solchen Falle stets gesuchten Vorsicht der Hierarchie nicht geschehen wäre, wenn man von dem Bekanntwerden der Angelegenheit noch eine Gefährdung der neuesten Eroberung des Katholizismus zu befürchten gehabt hätte. Unter solchen Umständen hat es sehr viel für sich, wenn vermutet wird, durch die Mittheilung im „Westfäl. Merkur“ sei erkognosiert worden, ob man bereits mit der vollen Thatsache hervortreten könne, und das Dementi erfolge jetzt, weil man sich überzeugt habe, daß noch Vorsicht geboten sei.

Zur Würdigung des Schweriner Dementis darf man nicht außer Acht lassen, daß seit zwei Jahrzehnten in dem mecklenburgischen Junkturham die Konversionen fast so zahlreich sind, wie in der englischen Aristokratie; die Richtung der Herren Kiesoth und Genossen hat darauf ebenso erfolgreich — wenn gleich wider Willen — hingewirkt, wie in England der Ritualismus. Die in Mecklenburg politisch und kirchlich herrschende Richtung hat daher gerade jetzt, wo der Thronwechsel Anlaß zu der Frage gibt, ob die Herrschaft dieser Partei sich nicht endlich abwerfen lasse, guten Grund, Vorgänge zu vertuschen, welche im Zusammenhang mit zahlreichen ähnlichen, nur nicht ebenso erschütternden, die herrschenden Tendenzen an ihren Früchten erkennen lassen. — Über den Inhalt der in der Vorbereitung begriffenen kirchenpolitischen Vorlage ist authentisch nur so viel mitzuteilen, daß es sich nicht — wie man auf eine Meldung der „Post“ hin heute vielfach glaubte — um die Wiedereinbringung der im vorigen Jahre abgelehnten Paragraphen handelt, welche der Regierung die diskretionäre Vollmacht zum Vericht auf die Benennung der Hilfsgeistlichen ertheilen sollten. Postins ist aber bis zu diesem Augenblicke auch denselben Abgeordneten nicht bekannt, welche sonst über neue Phasen der kirchenpolitischen Aktion der Regierung schätzten. — „Sehr pflichtig.“ Nach einer Vision würde die neue Vorlage die Anzeigepflicht und ihre Konsequenzen aus den Fällen entfernen und dafür der Regierung unter den Voraussetzungen, welche jetzt für den Einspruch auf erfolgte Anzeige gezielt fixirt sind, die Befugnis beilegen, aus eigener Initiative das Funktionieren der betr. einzelnen Geistlichen zu verhindern.

Für die Zeit vom Beginn des Statsjahres bis zum Schlus des Monats April 1883 haben die Einnahmen aus der Post- und Telegraphenverwaltung 12,523,714 Mark (+ 931,349 M. gegen das Statsjahr 1882/83), der Reichs-Eisenbahnenverwaltung 3,600,000 Mark (+ 35,125 M.) betragen.

Zum Prozeß Mommsen wird der „Kölner Btg.“ nachträglich folgende Mittheilung gemacht: „Ehe Fürst Bismarck den Prozeß anstrengte, beabsichtigte er gegen Mommsen eine Disziplinar-Untersuchung anstellen zu lassen. Indessen erklärte sich der Unterrichtsminister v. Goßler nur bereit, Professor Mommsen zu sich zu beschaffen und ihm eine Vorhaltung zu machen. Zu einer Disziplinar-Untersuchung schien ihm die Angelegenheit nicht angethan.“

Paris, 2. Juni. Im Senat befragte heute Graf St. Vallier die Regierung über die Ereignisse in Tonkin, erwähnte der in der auswärtigen Presse verbreiteten heunruhigenden Gerüchte und forderte die Regierung auf, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Es sei der Moment gekommen, energisch zu handeln; man müsse zeigen, daß Frankreich fest entschlossen sei, in diesem Unternehmen obzusezieren. Der Minister des Außen Challemel-Lacour erklärte, die Regierung habe alle Maßregeln getroffen, um den Erfolg der Expedition in Tonkin zu sichern. Schnelle Kreuzerschiffe brachten gegenwärtig Truppen dorthin, auch habe der Gouverneur von Cochinchina Verstärkungen abgehen lassen. Ende dieses Monats werde in Tonkin eine kleine Armee vereinigt sein, welche hinreiche, um den Schwierigkeiten die Spitze zu bieten. Der Minister bemerkte unter Bezugnahme auf den Tod des Kommandanten Rivière, diese Katastrophe werde den Entschluß der Regierung nicht erschüttern; sie zähle dabei auf die Unterstützung des Senats. Der von dem Gesandten Bourée mit China abgeschlossene Vertrag sei unannehmbar gewesen, weil derselbe ohne Ermächtigung seitens der Regierung geschlossen worden und den Interessen Frankreichs nachtheilig gewesen sei. Die Regierung werde indessen bestrebt sein, die Schwierigkeiten mit China, wie solche mit anderen Nationen auszugleichen. Es sei durchaus kein Grund vorhanden anzunehmen, daß China mit Frankreich solche brechen wollen. China werde sich durch eifersüchtige und interessierte Ratschläge nicht beeinflussen lassen und es könne in einer Angelegenheit, in welcher es weder ein Recht noch ein Interesse zu wahren habe, nicht intervenieren wollen. — Diese Erklärung wurde mit Beifall aufgenommen und ist damit der Zwischenfall erledigt.

Paris, 2. Juni. Das „Memorial diplomatique“ bespricht das Vorgehen Englands betreffs der Reformen in Armenien

und meint, Gladstone scheine sich den aus der Abtretung Cyperns für England entzündeten Verpflichtungen entziehen zu wollen. Der Sultan sei entschlossen, in allen Provinzen des türkischen Reiches Reformen einzuführen, es sei aber nicht einzusehen, weshalb er damit in Armenien beginnen sollte. Die Pforte habe Lord Dufferin gegenüber darauf aufmerksam gemacht, daß der Sultan den Auflösungen einer Nacht zur Ausführung der Reformen nicht ohne Weiteres folge leisten könne und sich durchaus die Initiative vorbehalten müsse. Das Blatt sagt dem hinzu, die Pforte wolle Gladstone in Kleinasien nicht Versuche machen lassen, die er in Egypten zur Ausführung gebracht habe, die Pforte könne sich von der englischen Politik nicht dureinlassen, ebenso wenig wie Gladstone in Irland könne der Sultan in der Türkei Reformen beschließen, die in aller Vollständigkeit beschlossen seien, aber nur in Verbindung mit den für das ganze Reich vorbereiteten Reformen ausgeführt werden könnten. Im Uebrigen stehe der Zeitpunkt zu deren Ausführung nahe vor.

London, 2. Juni. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Tamatave vom 18. Mai bestätigt, daß die Hafenstädte Amoroncanga und Passandava an der Nordwestküste von Madagaskar, welche von Frankreich zurückfordert wurden, durch französische Kriegsschiffe bombardirt worden seien. Die Beschiebung habe großen Schaden an den dort lagernden fremden Waaren angerichtet und große Aufregung unter der einheimischen Bevölkerung hervorgerufen. Der Admiral Pierre werde in nächster Zeit dort erwartet, aber man glaube nicht, daß er ein Ultimatum überbringe. Die Madagassen beschleunigten inzwischen ihre militärischen Vorbereitungen und die Regierung erkläre sich entschlossen, einem neuen französischen Angriff mit Gewalt der Waffen sich zu widersetzen. In Antananarivo herrsche dagegen vollständige Ruhe.

London, 1. Juni. Im Unterhaus lenkte Barttelot die Aufmerksamkeit des Hauses auf den heutigen Zustand der Rekrutierung. Der Staatssekretär des Kriegs, Lord Hartington, stellte den Mißerfolg des heutigen Systems der kurzen Dienstzeit in Abrede, eine plötzliche Veränderung des Systems halte er für unratshaf, bis erwiesen sei, daß die mit demselben verknüpften Schwierigkeiten andauernd seien. Inzwischen habe die Regierung beschlossen, den in Indien und England stehenden Mannschaften eine erhöhte Prämie für Verlängerung ihrer Dienstzeit auszuzahlen und Recruten auf zwölf Jahre, von denen drei bei der Fahne und neun in der Reserve abzulegen sind, zu engagieren mit dem ihnen eingeräumten Rechte, ihre Dienstzeit zu verlängern.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 4. Juni.

r. Der XII. Verbandstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinz Posen fand gestern von 9½ Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags im kleinen Lambert'schen Saale unter Vorit des Bürgermeisters Kolisch (Bojanowo) statt. Vertreten waren 12 Vereine des Verbandes; als Vertreter der Anwaltshaft der deutschen Genossenschaften war der Reichstag-Abgeordnete Karlsruhe anwesend. Auf Antrag desselben wurde anstuppend an den Beclug des vorjährigen Verbandstages beschlossen, den Vereinen des Verbandes nochmals den Anschluß an den schlesischen Revisionsverband zu empfehlen. Die Wahl eines Deputirten zum diesjährigen allgemeinen Verbandstage in Halberstadt wurde mittels Auslosung dem Vorstandverein zu Geseen übertragen; zum Verbandsdirektor wurde Banddirektor C. Meissel (Posen), zum Stellvertreter desselben Kaufmann Rödel (Giebne) wiedergewählt; als Ort für den nächstjährigen Verbandstag wurde Geseen bestimmt. An die Versammlung schloß sich ein gemeinschaftliches Diner in Buckows Hotel. Näheren Bericht behalten wir uns vor.

## Verlobung.

\*\* Rassel, 1. Juni. Serienziehung der Kurhessischen 40-Taler-Posten 49, 173, 233, 237, 307, 364, 417, 463, 480, 491, 521, 627, 869, 874, 963, 1021, 1034, 1111, 1132, 1165, 1179, 1182, 1289, 1304, 1312, 1546, 1564, 1954, 1977, 1993, 2013, 2025, 2053, 2064, 2116, 2368, 2385, 2402, 2470, 2476, 2597, 2611, 2692, 2729, 2793, 2975, 3053, 3095, 3283, 3379, 3567, 3613, 3663, 3735, 3784, 3788, 3801, 3819, 3918, 3965, 4071, 4144, 4151, 4242, 4258, 4330, 4577, 4614, 4624, 4787, 4821, 4953, 5084, 5121, 5259, 5269, 5384, 5411, 5505, 5538, 5563, 5569, 5633, 5667, 5925, 5971, 6003, 6059, 6188, 6213, 6263, 6275, 6327, 6331, 6469, 6498, 6653, 6681, 6703, 6712.

## Die Krönungsfeier in Moskau.

Moskau, 2. Juni. Das heutige Volksfest war ein wahrhaft großartiges. Dasselbe entwickelte sich auf einem Raum von etwa hundert Hektaren, auf welchem mehrere Theater, Bühnen, viele Zelte etc. errichtet sind. Ein weißes, mit Gold und rotem Sammet verziertes Zelt war für den Kaiser und die Fürstlichkeiten bestimmt. Zu beiden Seiten des Kaiserzeltes dehnen sich mächtige Tribünen für die Eingeladenen aus. Das Volk umdrängte die 140 mit Bier gefüllten und mit je 8 Zapfrahmen versehenen Waggons und jeder bargereichte Becher wurde sofort gefüllt. Beim Betreten des Festplatzes erhielt ein Zeller aus dem Volke einen Becher, eine Pastete, einen Kuchen und ein Säckchen mit Naschwerk. Gegen Mittag waren alle Borräthe erschöpft, da sich mehr als eine Million als Empfänger präsentirt hatte. Um 2½ Uhr trafen der Kaiser, die Kaiserliche Familie und die fremden Fürstlichkeiten auf dem Festplatze ein und wurden von der nach hunderttausenden zählenden Bevölkerung mit begeisterten Hurrahs empfangen. Überall herrschte die fröhlichste Stimmung, kein Streit, keine Thätlichkeit verursachte die geringste Störung. Viele Bauern waren aus weit entfernten Provinzen zu Fuß hergekommen. Der Kaiser, die Kaiserin und die Prinzen verließen um 3 Uhr das Fest.

Nach dem Volksfest fand im Petrowski-Palast ein Diner für die Vorsteher der Landgemeinden und die Provinzial-Adelsmarschälle statt.

Nach einem offiziellen Telegramm der „Nordischen Telegraphen-Agentur“ lauteten die Ansprüche im Wortlaut wie folgt: Zu den Vertretern der Landgemeinden sagte der Kaiser: „Ich bin sehr erfreut, Euch nochmals zu sehen, ich danke Euch für Eure herzliche Teilnahme an den Festlichkeiten, welche von ganz Russland so freudig begrüßt worden sind. Wenn Ihr heimkehrt, so überbringt Allen meinen herzlichen Dank, folget dem Rathe und der Führung Eurer Adelsmarschälle, schenkt ihnen Glauben den unzähligen Gerüchten über Landverteilung und unentgeltliche Erweiterung des Grundbesitzes und vergleichen. Solche Gerüchte werden durch unsere Feinde verbreitet. Seid Euren Eigentümern auch das Glück und Glück und Gesundheit!“ Zu den Adelsmarschällen sagte der Kaiser: „Ich danke Ihnen für Ihre Treue, ich bin von den treuen und innigen Gefühlen des Adels stets überzeugt gewesen und vertraue fest darauf, daß derselbe wie immer eine feste Säule bei allem Guten und zum Segen des Thrones und des Vaterlands sein wird. Gott möge uns ein friedliches und ruhiges Leben gewähren! Ich danke Ihnen nochmals von Herzen.“

**Moskau.** Sonntag 3. Juni, Vormittags 11 Uhr. Der Kaiser und die Kaiserin sind soeben ohne Störte unter enthusiastischen Kundgebungen der Bevölkerung durch die ganze Stadt gefahren, um sich nach dem Dreifaltigkeitskloster des heiligen Sergius zu begeben. Heute Mittag finden auf dem gestrigen Festplatze militärische Übungen der Kosaken und Tschekken statt, denen die fremden Fürstlichkeiten und Botschafter beiwohnen.

**Moskau.** 3. Juni Abends. Der Kaiser und die Kaiserin feierten Abends 6 Uhr von dem Dreifaltigkeits-Kloster des heil. Sergius nach Moskau zurück und legten den ganzen Weg durch die Stadt ohne Störte im offenen Wagen zurück, von der Bevölkerung aufs Wärme begrüßt. — Anlässlich des heutigen Jahrestages des Todes der Mutter des Kaisers wohnte das Kaiserpaar einer Totenmesse für die Verstorbene bei.

## Telegraphische Nachrichten.

**Straßburg i. E.**, 3. Juni. Der Statthalter, General-Feldmarschall Frhr. v. Manteuffel, ist zum Kurgebrauch nach Karlsbad abgereist.

**Karlsruhe.** 2. Juni. Der neue Zugzug Köln-Basel, der um 3 Uhr 50 Min. Nachmittags von hier aus Bahnhof abgeht, ist auf einen Rieszug aufgefahrene. Die Lokomotive ist zertrümmert, kein Menschenverlust. Der Verlehr ist in Folge dessen unterbrochen.

**Bochum.** 3. Juni. Nach einer Meldung der „Volkszeitung“ fand gestern Nachmittag auf der Zeche „Präsident“ eine Explosion durch schlagende Wetter statt, die 8 Mann tödete und 3 schwer verwundete.

**Paris.** 3. Juni. Der „National“ erfährt, der französischen Regierung seien von den Behörden der Howas auf Madagaskar zum Zwecke einer Versäumung Eröffnungen gemacht worden. — Der „Français“ meldet aus Rom, am gestrigen Jahrestage des Todestages Garibaldi's sei eine Schaar von etwa 2000 Personen vor das österreichische Botschaftshotel, sowie vor den Quirinal und den Vatikan gezogen und habe Hochs auf Oberbank und auf Triest ausgebracht.

**Rom.** 2. Juni. Die Deputiertenkammer genehmigte einstimmig den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines Nationaldenkmals für Garibaldi auf Monte Janicolo. Der Staat trägt eine Million Lire dazu bei. Hier und in mehreren Provinzialsäben wurde der Todestag Garibaldi's mit der Enthüllung von Büsten und Gedächtnisplatten gefeiert.

**Petersburg.** 3. Juni. Gestern am Spätabend fand auf der Petersburg-Warschauer Bahn bei Serebriani ein Zusammenstoß eines Passagierzuges mit einem aus Blussy kommenden Güterzuge statt. Ein Schaffner wurde getötet, ein Heizer schwer verwundet und mehrere Passagiere wurden kontusioniert.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

## Stettiner Waarenbericht.

**Stettin.** 2. Juni. Das Waarengeschäft des hiesigen Platzes blieb auch in dieser Woche sehr still und haben Umsätze von irgend welcher Bedeutung nicht stattgefunden.

**Fettwaren.** Baumöl stille, die Zufuhr letzter Woche betrug 3175 Tr., gegen einen Abgang vom Transito-Lager von 251 Tr., Italienisches 37 M., Malaga 37 M. und Korfu 36 M. tr. gef., Speiseöl behauptet, 62 bis 68 M. tr. nach Qualität gef., Baumwollfett unverändert im Preis, die Wochenzufuhr betrug 1005 Tr., 33 M. verft. gef., Palmöl Buiühr 1065 Tr., die Notirungen stellen sich etwas matter, Lagos 43,25 M., old Calabar 42 M. versteuert gef., Palmernöl 36,50 M. verft. gef., Kofosnööl fest, Cochin in Orbofen 42,50 M., Ceylon in Oxfosten 38,50 M., in Pipen 37,50 M. verft. gef., Talg matter, russisch gelb Lichten 53,50 M., Seifen 52,50 M., australischer 45,50—47,50 M. verft. gef., Olein, Belgischer 34,50 M. verft. geford., inländischer 34 M. gefordert, Schweinefettmala sehr still und im Preis unverändert. Vom Transito-Lager betrug der Abzug 257 Tr., und zugeführt wurden in dieser Woche 4853 Tr., Wilcox 57,50 Mark transito geford., Fairbank 57 M. transito gef., andere Marken 56 M. tr. gef., Amerikanischer Speck 65 M. verzollt mit Attest gef., Thran rubig und unverändert, von Kopenhagen betrug der Wochen-Import 255 Tr., Berger Leber brauner 82 M. per Tonne verft. gef., 38 M. tr. per Tr. gef., brauner blanfer 44 M. tr. pr. Tr. gef., blanfer 100 M. und Medizinal- 150 M. pr. Tonne verft. gef., Kopenhagener Robben 44—45 M. verft. per Tr. gefordert, Schottischer 34—35 Mark per Tonne gef.

**Leinöl.** Der Import letzter Woche betrug wiederum 5113 Tr., Tendenz bleibt matt und Preise sind nominell für Englischess in Barrels 24,50—25 M. verft. per Kassa ohne Abzug.

**Petroleum.** Die Lethargie, welche diesen Artikel die letzten Wochen beherrschte, wurde durch heutige animierte Depeschen von Amerika wiederum etwas geweckt und Preise waren in Folge dessen steifer. Loko 8 M. transito bez., Sept.-Okt. 8,15—8,20 M. bez.

Der Lagerbestand betrug am 25. Mai d. J. 45,556 Brls.

Versand vom 25. Mai bis 31. Mai d. J. 2293 =

Lager am 1. Juni d. J. 43,263 Brls. gegen gleichzeitig in 1882: 23,939 Brls., in 1881: 17,021 Brls., in 1880: 8007 Brls., in 1879: 12,451 Brls., in 1878: 3542 Brls., in 1877: 9837 Brls. und in 1876: 6579 Brls.

Der Abzug vom 1. Januar bis 31. Mai d. J. betrug 41,995 Barrels gegen 70,240 Barrels in 1882 und 67,174 Barrels in 1881 gleichen Zeitraums.

In Erwartung sind 10 Ladungen von Amerika mit 27,550 Barrels.

Die Lagerbestände loko und schwimmend waren in:

	1883	1882
	Barrels	Barrels
Stettin am 1. Juni	70,813	53,644
Bremen = 26. Mai	890,022	687,557
Hamburg = 26. =	421,960	289,151
Antwerpen = 26. =	294,359	261,375
Amsterdam = 26. =	76,308	59,878
Rotterdam = 26. =	84,123	83,302

Zusammen 1,837,585 1,434,907

**Kaffee.** Der leitwöchentliche Import betrug 1248 Zentner und vom Transito-Lager gingen 176 Zentner ab. Wenngleich auch in dieser Woche das Geschäft nur ein ruhiges zu nennen war, so lauten die Berichte von den Importländern doch wieder animierender, und scheint der stillen Moment sein Ende erreicht zu haben. Notirungen: Ceylon Plantagen 20—105 Pf., Java braun bis fein braun 108—128 Pf., gelb bis fein gelb 88 bis 105 Pf., blaß gelb bis blank 83—68

Pf., fein grün bis grün 80—62 Pf., fein Campanos 55—58 Pf., Rio, fein 52—57 Pf., gut reell do. 45—47 Pf., ordinär Rio und Santos 40—44 Pf. tr. nach Qualität.

**Reis.** Der Import betrug in verflossener Woche 8455 Tr. und vom Transito-Lager gingen 855 Tr. ab. Der Markt bleibt fest und für ordinäre Sorten ist Nachfrage dauernd gut. Die hiesigen Notirungen sind unverändert, für Kadang und ff. Java Tafel 29—30 M., ff. Japan und Patna 18,50—21 M., Rangoon Tafel 15—17 M., Rangoon und Arracan, gut 13—14 M., ordinär 11,50 bis 13 M., Bruchreis 10—11 M. trans. gefordert.

**Südfriedrich.** Rostiner fest, Elme, Bourla 23 Mark, Cisne 23,50 M. tr. gef., Korinthen fest, 24—25 M. tr. gef., Mandeln fest, süße Palma, Gorgenti und Bari 93 Mark, süße Avoa und Alicanti 106 M. gef., bittere große 98 Mark, kleine 89 M. verft. gefordert. Frische Süßfrüchte unverändert, Apfelsinen 20 M., Zitronen 20,50 bis 21 M. per Kiste verft. gef.

**Gewürze.** Pfeffer sehr fest, Singapore 67 M. trans. bez., und gef., Piment behauptet, 39—42 M. tr. nach Qualität gefordert, Cassia lignea 66 Pf. verft. gef., Lorbeerblätter, stielfrei 19 M. bez., Cassia flores 80 Pf., Macis-Blüthen 2,30—2,50 M., Macis-Rüsse 3,20 bis 3,50 Mark, Cardamom 2,20—3 M., Cardamom 9 M., weißer Pfeffer 1,25 M., Nelken 1,15 M. Alles versteuert.

**Zucker.** Umsätze in Rohzuckern haben nicht stattgefunden, und für raffinierte Zucker sind Preise ohne Änderung geblieben, dagegen war aber für leichtere der Abzug auf frühere Verhältnisse in jüngster Zeit ein sehr bedeutender.

**Syrup.** Kopenbager 20,50 M. trans. gef., Englischer 16 bis 19,50 Mark nach Qualität transito gefordert, Candiss 11,25 bis 12,50 M. gef., Starke-Syrup 16 M. gef.

**Leinamen.** ohne Handel, da die Saison vorüber und die Läger bis auf Kleinleisten geräumt sind. Die Notirungen sind nominell, für Nigaer extra plus 26,50 M., alter Windauer 24 M. per Tonne.

**Heringe.** Von leitjährigen Schotten betrug der Wochen-Import 198½ Tonnen und somit der Gesamt-Import seit Anfang dieses Jahres 10,000 Tonnen. Von neuem Vorhang Matties wurden 137 Tonnen zugeführt und zu Preisen von 24—26 M. per Tonne gehandelt, Crown- und Fullbrand 48—50 M. Matties Crownbrand 35—36 M. tr. bez. und bis auf geringe Posten geräumt. Die erwarteten Zufuhren von neuem Matties, und zwar 331 Tonnen sind eingetroffen, die Qualität ist im Allgemeinen befriedigend und fand schlanken Absatz zu Preisen von 60—80 M. pr. Tonne versteuert. Von norwegischem Fettfisch betrug der Import 604 Tonnen. Das Geschäft darin war ruhig und die Notirungen sind unverändert für Kaufmanns 38—40 M., groß mittel 33—36 M., reell mittel 28—30 M. mittel 18—20 M. und klein mittel 15—17 M. trans. bez. und gef., Bornholmer Küstenfisch unverändert, 19 M. tr. gef., vom 24. bis 31. Mai wurden per Eisenbahn von allen Gattungen 646 To. verändert, mit hin Total-Bahnabzug vom 1. Januar bis 31. Mai d. J. 45,670 To. gegen 73,751 To. in 1882, 79,896 To. in 1881, 52,774 To. in 1880, 64,223 To. in 1879, 75,982 To. in 1878, 50,264 To. in 1877 und 93,516 To. in 1876.

**Sardellen.** Die Fang-Berichte Hollands bleiben nach wie vor ungünstig und da der selbe bald seinem Ende entgegengesetzt, sind Inhaber sehr zurückhaltend und Preise bleiben fest behauptet. Hier sind die Notirungen für 1882er 84 M., 1881er 105 M. und 1876er 150 M. per Unfer.

**Metalle.** Von Roh- und Brücheisen betrug der Import in letzter Woche 65,510 Zentner. Middelsbro und Glasgow notirten für Warrants 46 S. 8 d. Hier waren die Preise unverändert. Notirungen: Schottisches Roheisen je nach Marke 7,60—8,50 M. ab Lager, Eng. do. III. 6,15—6,55 M., Stabeisen inländische Marke 15—16 M., Eisenbleche 22—30 M., Kupfer 155—160 M., Zinkbleche 38½—40 M., Zinn 212 M. Alles per 100 Kilo.

(Offizielle Ztg.)

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. imm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Grad.
2. Nachm.	756,9	O schwach	heiter	+23,6
2. Abends.	757,4	Windstill	wolkenlos	+18,3
3. Morgs.	757,4	Windstill	heiter	+15,5
3. Nachm.	756,9	O schwach	heiter	+24,8
3. Abends.	757,1	N schwach	heiter	+18,0
4. Morgs.	756,5	O schwach	wolkenlos	+14,8
Am 2. Juni	Wärme-Maximum: +27°8 Celz			
=	Wärme-Minimum: +10°5			
=	Wärme-Maximum: +27°0			
=	Wärme-Minimum: +12°0			

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3. Juni Morgens 0,92 Meter  
— 4. Morgens 0,92

## Telegraphische Börsenberichte.

**Rundschau.** Frankfurt a. M., 2. Juni. (Schluß-Course.) Ziellich fest. Lond. Wechsel 20,497. Pariser do. 81,80. Wiener do. 170,80. K. & S. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigss. 100. R. & R. — Pr. Ant. — Reichsanl. 102. Reichsbank 149. Darmab. 152. Meining. Bl. 95. Ostf. ang. Bl. 715,00. Kreditaktien 252. Silberrente 67. Papierrente 66. Ung. Goldrente 84. Ung. Goldrente 75. 1860er Loope 121,1. 1864er Loope 316,70. Ung. Staats. 224,20. do. Ostb. Ob. II. 96. Böh. Westbahn 260. Elisabethb. —. Nordwestbahn 170. Galizien 255. Franzosen 280. Lombarden 130. II. Orientali. —. III. Orientali. —. Egypt. 74. Gotthardbahn 120. Türken 12. Westfälische Eisenbahn 87.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 252, Franzosen 280, Galizien 255, Lombarden 130. II. Orientali. —. III. Orientali. —. Egypt. —. Gotthardbahn —.

**Frankfurt a. M.**, 2. Juni. Eiselen-Gozet. Kreditaktien 251, Franzosen 279, Lombarden 130, Galizier 254, österreich. Papierrente —. Egypt. —. III. Orientali. —. 1860er Russen —. Gotthardbahn 120. Deutsche Bank —. Nordwestbahn —. Elbtal —. 4proz. ung. Goldrente —. II. Orientale —. Böhmis. Nordbahn —. Still.

**Wien.** 2. Juni. (Schluß-Course.) Ziellich fest. Papierrente 78,25. Silberrente 78,80. Defferr. Goldrente 28,95. 6-proz. ungarnische Goldrente 120,35. Euroz. ung. Goldrente 88,25. 5-proz. ung. Papierrente 86,65. 1864er Loope 119,75. 1860er Loope 134,75. 1864er Loope 167,25. Kreditloope 170,00. Ungar. Papierrente 114,50. Kreditaktien 295,30. Franzosen 327,60. Lombarden 148,75. Galizier 297,50. Kasch. Oberb. 145,25. Tardubitzer 149,00. Nordwestbahn 200,00. Elisabethbahn 221,75. Nordbahn 277,00. Österreich. ung. Bank —. Türk. Loope —. Unionbank 116,50. Anglia Loope 112,00. Wiener Bankverein 106,00. Ungar. Kredit 293,25. Deutsche Plätze 58,50. Londoner Wechsel 120,05. Pariser do. 47,47. Zürcherdo. 99,10. Napoleon 9,52. Dukaten 5,66. Silber 100,00. Marknoten 58,52. Russische Banknoten 1,18. Lemberg. Gernowiz —. Kromp. Rudolf 167,50. Franz-Josef —. Dresd. Landesbank —. Böhmis. Westbahn —. Elbtal 216,75. Brauner 216,00. Buschendorfer —. Defferr. 5proz. Papier 93,20.

**Wien.** 2. Juni. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien —. Defferr. Kreditaktien 293,50. Ungar. 4proz. Goldrente 88,20. Franzosen —. Lombarden —. Galizier —. Nordwestbahn —. Elbtal —. Defferr. Papierrente —. 5proz. ung. Papierrente —. Marknoten —. Napoleon —. Bankverein —. Fest.

**Paris.** 2. Juni. (Schluß-Course.) Unentschieden. 3 proz. amortisirb. Rente 81,52. 5proz. Rente 80,15. Kreditlopte 1872 109,7. Ital. 5proz. Rente 93,30.

